



Das Zuger Kantonspersonal fordert mehr Lohn

Den kantonalen Finanzen geht es gut: In der Jahresrechnung werden fast 150 Millionen Franken als Überschuss ausgewiesen. Zeit, dass die Mitarbeiter etwas davon spüren, finden die Personalverbände.

Andrea Muff 28.6.2019, 17:55 Uhr



Der Lohn gilt generell als schwieriges Terrain: Sei es als Gesprächsthema unter Freunden oder als Verhandlungsbasis mit den Vorgesetzten. Doch was bedeutet es, wenn der Arbeitgeber ganz abstrakt der «Kanton» ist? Eine Lohnerhöhung oder -anpassung geht insofern einen anderen Weg, weil auch die Politik ein Wörtchen mitzureden hat. Und in den vergangenen Jahren bestimmten Sparmassnahmen die Zuger Finanzen. In der aktuellen Jahresrechnung verbuchte der Kanton einen Überschuss von fast 150 Millionen Franken.

Nun melden sich die Personalverbände – Lehrerinnen- und Lehrerverein LVZ, Verband Zuger Polizei VZP sowie der Staatspersonalverband des Kantons Zug SPV – in einer Medienmitteilung zu Wort: «Nach über zehn Jahren Lohnstagnation fordern die drei Personalverbände eine Realloohnerhöhung von 2,5 Prozent.» Denn 2018 habe das Personal des Kantons auf Beförderung in der Höhe von 2,6 Millionen Franken verzichten müssen, heisst es in der Mitteilung weiter.

Seit 10 Jahren keine Realloohnerhöhung mehr

Die Personalverbände haben ihr Anliegen kürzlich bei der Regierung platziert. Zu den Gründen führt Simon Saxer, Vizepräsident des LVZ, aus, dass es seit zehn Jahren keine Realloohnerhöhung mehr gegeben habe. «Im Vergleich zu den Löhnen in den umliegenden Kantonen hat Zug an Boden verloren», weiss Saxer. Dabei spricht er vor allem vom Einstiegslohn einer Lehrperson, denn dieser sei «auf den Franken genau gleich» wie vor zehn Jahren. Laut Bundesamt für Statistik sind die Reallöhne in der Schweiz in den letzten 25 Jahren um 14 Prozent gestiegen, sagt Saxer. Für das Zuger Staatspersonal gab es lediglich 2009 eine Realloohnerhöhung von 2 Prozent.

«Es geht hier nicht ums Klagen, sondern ums Platzieren unseres Anliegens»

sagt der LVZ-Vizepräsident Simon Saxer. Denn während der zehn Jahre seien die Wohnkosten gestiegen. «Lehrpersonen haben im Vergleich zu Angestellten mit einer durchschnittlichen Reallohnentwicklung spürbar an Kaufkraft verloren», erklärt Saxer. Dabei sollte es das Ziel sein, dass man auch dort leben könne, wo man arbeite. «Aber es gibt immer mehr Staatsangestellte, die gar nicht mehr im Kanton Zug wohnen.» Simon Saxer findet deutliche Worte: «Der Kanton Zug muss attraktiv bleiben, auch als Arbeitgeber. Es kann relativ schnell ein Lehrermangel drohen.»

Gehaltssystem wird überprüft

Auch für Primin Andermatt, Verbandspräsident der Zuger Polizei, steht fest, dass man nicht einfach nur die einzelnen Löhne anschauen darf, «man muss den ganzen Warenkorb in Betracht ziehen.» Er führt die Mieten ins Feld. Momentan werden aufgrund einer Berichtsmotion der Staatswirtschaftskommission (Stawiko) des Kantonsrates das Gehaltssystem und die Anstellungsbedingungen überprüft. So sei jetzt der richtige Zeitpunkt, die Forderung einzubringen. Weitere politische Schritte schliesst der Baarer CVP-Kantonsrat momentan nicht aus.

Mit im selben Boot sitzt auch die Präsidentin des Staatspersonalverbandes (SPV). Susanne Grau findet: «Es freut uns, dass es unserem Kanton wieder gut geht. Das Staatspersonal hat dazu beigetragen und soll nun auch entsprechend entlohnt werden.» So sei es auch richtig, die Forderung auf die Agenda zu nehmen. «Wir haben ein starres Lohnsystem, das nicht einfach schnell angepasst werden kann», sagt Susanne Grau weiter und betont: «Deshalb ist es wichtig, dass wir die Diskussion jetzt anstossen.» Denn die Personalverbände wollen nicht erst bei der Vernehmlassung des neuen Gehaltssystems ihre Anliegen anbringen. «Wir möchten am Ball bleiben», fasst Susanne Grau zusammen.

Ausgesetzte Beförderungen kompensieren

Für Finanzdirektor Heinz Tännler komme die Forderung nicht unerwartet: «Im Rahmen eines konstruktiven und transparenten Austausches wurde ich von den Personalverbänden vorab über die Einreichung informiert.» Er verweist auch darauf, dass der Regierungsrat bereits früher angekündigt habe, «dass er die im Rahmen von Finanzen 2019 ausgesetzte Beförderung kompensieren will.» Darüber werde der Kantonsrat in der Budgetdebatte befinden können. Er erwähnt auch das durch die Stawiko ausgelöste Projekt, das aktuell laufe.

In diesem Rahmen werden auch spezifische Lohnanpassungen geprüft. «Eine generelle Erhöhung um 2,5 Prozent wird daraus wahrscheinlich nicht resultieren, zumal es auch Löhne gibt, die sich im Quervergleich im obersten Bereich bewegen», so der Finanzdirektor. Zudem: «Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Negativsteuerung nicht nach unten ausgeglichen wurde, was faktisch einer Realloohnerhöhung entspricht.» Er macht klar, dass eine Realloohnerhöhung eine Änderung der Lohnabelle im Personalgesetz bedinge. «Somit hat in jedem Fall der Kantonsrat – oder das Volk – das letzte Wort.» Weiter findet Tännler, dass es bei den Löhnen in erster Linie nicht um die Finanzen gehe: «Bei den Löhnen geht es darum, ob sie im Quervergleich angemessen sind – unabhängig davon, ob der Kanton Überschüsse oder Defizite schreibt.»

Alles zum Lagerdraht 2019

Die Luzerner Zeitung und ihre Regionalausgaben berichten ausführlich über die Geschehnisse rund um die Zentralschweizer Sommerlager.

[Die neuesten Telegramme, Bilder, Videos und mehr.](#)



Copyright © Luzerner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Luzerner Zeitung ist nicht gestattet.